



Nicole Mayer-Ahuja:

Mit „revolutionärer Realpolitik“ zur sozialökologischen Transformation? Ansatzpunkte für eine solidarische Politik der Arbeit*

Nicole Mayer-Ahuja bringt in ihrem Vortrag drei Diskussionsthemen zusammen, die schwer vereinbar erscheinen – Diskussionen über

- (1) „revolutionäre Realpolitik“ (Rosa Luxemburg),
- (2) sozial-ökologische Transformation und
- (3) eine solidarische Politik der Arbeit,

um die Frage aufzuwerfen, wie eine „revolutionäre Realpolitik“ von Gewerkschaften aussehen könnte.

Revolutionäre Realpolitik

Wie Rosa Luxemburg 1903 in ihrem Aufsatz zum 20. Todestag von Karl Marx ausführt[†], ist die Gegenüberstellung von Sozialreform und Revolution müßig.[‡] Sie schreibt:

„[Dank Karl Marx] ist es der Arbeiterklasse zum ersten Mal gelungen, die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln und die **politische Kleinarbeit des Alltages** zum ausführenden Werkzeug der **großen Idee** zu erheben.“

Ihr Grundgedanke ist, dass beide Strategien zusammengedacht werden müssen, um eine wirksame sozialistische Politik zu ergeben. Einerseits läuft der revolutionäre Schwung ins Leere, wenn er nicht die alltäglichen Arbeits- und Lebensrealitäten von Arbeitenden verbessert. Andererseits kommt Realpolitik ohne das Fernziel einer grundsätzlich anderen Gesellschaft nicht über die Reproduktion des Bestehenden hinaus. Sie droht, sich auf das Co-Management von Sachzwängen zu beschränken.

Brechts Gedicht „Lob des Revolutionärs“[§] von 1939 ist in vieler Hinsicht ein Gedicht über „revolutionäre Realpolitik“, die Brecht auf drei Ebenen verortet: Dabei geht es um den Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen („um den Lohn Groschen, um das Teewasser“); den Kampf um die „Macht im Staat“ (politische Demokratie) und in der Wirtschaft (Eigentumsstrukturen) und den Kampf gegen kulturelle Hegemonie (Gramsci), also das Hinterfragen ideologischer Herrschaft. („Er fragt das Eigentum: Woher kommst du? Er fragt die Ansichten: Wem nützt ihr?“). Statt angeblich objektive Sachzwänge fraglos hinzunehmen, muss der Blick auf die Interessen von Akteuren gerichtet werden („Und wo Unterdrückung herrscht und von Schicksal die Rede ist, wird er die Namen nennen“). Kurz: es geht darum, der durch das Schüren von Differenz und Konkurrenz erzeugten Unruhe des Kapitalismus die eigene Unruhe in Form des permanenten Ringens um

* Diese Dokumentation des Vortrags erscheint als Beitrag in den Marxistischen Blättern 2_2025 „Gegenmacht im Gegenwind – Kämpfen, aber wie?“ (Erscheinungsdatum April 2025)

[†] Rosa Luxemburg Werke [RLW], Berlin 1970ff., Bd. 1.2, 7., überarbeitete Auflage, Karl Dietz Verlag Berlin 2000, S. 373; <https://rosaluxemburgwerke.de/buecher/band-1-2/seite/373>

[‡] Michael Brie/ Mario Candeias: Revolutionäre Realpolitik. In: Zeitschrift Luxemburg, ABC der Transformation; <https://zeitschrift-luxemburg.de/abc/revolutionaere-realpolitik/>

[§] Das Gedicht ist in der Präsentation zitiert.

Solidarisierung entgegenzusetzen („Wohin sie ihn jagen, dorthin geht der Aufruhr. und wo er verjagt ist, bleibt die Unruhe doch“)

Sozial-ökologische Transformation

Die zweite Diskussionslinie scheint zunächst einmal wenig mit „revolutionärer Realpolitik“ zu tun zu haben. Fragt man, was heute unter einer sozial-ökologischen Transformation verstanden wird, so erscheint die aktuelle Transformation als Ausdruck eines sich permanent transformierenden Kapitalismus, die weniger „revolutionär“ denn „evolutionär“ verläuft und allenfalls mit Sozialreformen zu beantworten ist.

Die „**ökologische Transformation**“ wird in aller Regel als Sachzwang, als eine notwendige Antwort auf den Klimawandel und die ökologische Krise behandelt, die etwa den Übergang zu E-Mobilität, grünem Stahl, erneuerbaren Energien etc. „objektiv notwendig“ machen. Der „Grüne Kapitalismus“, der auf dieser Grundlage etabliert wird, ist letztlich ein Herrschaftsprojekt, das den Unternehmen neue Profitquellen eröffnet, nicht jedoch mit der Logik des Systems bricht, weil er weder den Wachstumsimperativ noch Eigentumsverhältnisse in Frage stellt.

Forderungen nach einer „**sozial-ökologischen Transformation**“ beinhalten vor diesem Hintergrund vor allem den Versuch, die sozialen Folgen der ökologischen Transformation abzufedern, den Arbeitsplatzabbau erträglich zu gestalten und die Belastungen für die „sozial Schwächeren“, die ohnehin einen besonders geringen ökologischen Fußabdruck verursachen, zu mindern.

(Was) hat das mit „revolutionärer Realpolitik“, etwa von Seiten der Gewerkschaften, zu tun?

Gerade in großen Transformationskrisen, in denen das Funktionieren von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft auf dem Prüfstand steht, würde man Spielräume für eine Realpolitik erwarten, die über den Status Quo hinausgeht. Betrachtet man jedoch die letzte große Krise dieser Art, nämlich die Abkehr von Kohle und Stahl in den 1980er Jahren, so ergibt sich ein eher ernüchterndes Bild. Die sozialpolitische Abfederung von Arbeitsplatzabbau durch die Einrichtung von Beschäftigungs- und Transfergesellschaften war für Beschäftigte eine große Unterstützung und insofern eine erfolgreiche Strategie, aber sie blieb letztlich doch defensiv. In die Offensive ist man damals eher nicht gekommen, weil Industriepolitik, z.B. die Ansiedlung von Opel und Nokia in NRW, weitgehend an den Gewerkschaften vorbei erfolgte. Der Strukturwandel wurde durch in den 1980ern durch regionale Strukturräte mitgestaltet, die in vieler Hinsicht Vorbild für heutige Transformationsräte sind. Die Hauptfunktion der Transformationsräte scheint allerdings darin zu bestehen, dass sich Unternehmen in diesen Gremien staatliche Subventionen sichern. Welchen Einfluss die Gewerkschaften dort haben, bleibt unklar.

Auch in den 1980er Jahren, so lässt sich folgern, lässt sich gewerkschaftliche Politik eher nicht als „revolutionäre Realpolitik“ beschreiben. Dabei waren die Ausgangsbedingungen dafür damals ungleich besser als heute. Der Organisationsgrad speziell in den betroffenen Branchen war hoch, ebenso die Tarifbindung, und die Betriebsräte waren stark. Die Schließung des Hüttenwerks Rheinhausen 1987/88 löste Massenproteste aus – die ganze Stadt war auf den Beinen, um die Kumpel zu unterstützen. Schwach waren die Gewerkschaften hingegen insofern, als sie kaum Strukturen für die Regional-, Struktur- und Industriepolitik entwickelt hatten. Ihre Machtbasis waren starke

Konzernbetriebs- und Aufsichtsräte – doch auch sie konnten letztlich recht wenig Einfluss auf den Verlauf der damaligen Transformation nehmen.

Kann man nun heute, unter Bedingungen einer sozial-ökologische Transformation, von „revolutionärer Realpolitik“ der Gewerkschaften sprechen?

Eine „politische Kleinarbeit des Alltags“ (Luxemburg) findet durchaus statt, sie bleibt in ihrer Wirkung aber begrenzt. Immerhin sind selbst die Industriegewerkschaften, gerade durch die „Transformationsdynamik“, geschwächt. „Soziale Transformation“ heißt weiterhin vor allem Schutz vor Entlassungen und Abfederung der sozialen Folgen von ökologischen Veränderungen sowie deren Verarbeitung durch Unternehmen und Politik.

Verstehen Gewerkschaften (wie Luxemburg das formuliert hatte), diese Kleinarbeit heute noch als „ausführendes Werkzeug der großen Idee des sozialistischen Endziels“? Die Antwort ist offensichtlich: Debatten über Wirtschaftsdemokratie werden in den Gewerkschaften kaum noch geführt (selbst entsprechende Initiativen, etwa von Hans-Jürgen Urban um 2008/09, zündeten kaum). Auch alternative Produktion ist selten Thema, und die Frage, wie Beschäftigte und ihre Gewerkschaften Einfluss auf das Was, das Wie und das Wofür der Produktion gewinnen können, spielt quasi keine Rolle mehr. Das Nachdenken über Sozialismus ist Gegenstand neuerer Veröffentlichungen (etwa von Frank Deppe oder Klaus Dörre), aber als breite gesellschaftspolitische Diskussion ist das Thema nicht präsent.

Auch fordert kaum jemand noch die Macht im Staat und die Eigentumsstrukturen heraus. Selbst die Forderung „wer zahlt, bestimmt“ wird nicht mehr erhoben, wie man anhand der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Lufthansa, Commerzbank oder der Papienburg Werft studieren konnte. Es floss viel staatliches Geld, ohne dass damit Einfluss auf die Geschäftspolitik einhergehen würde.

Wie steht es mit dem Kampf um kulturelle Hegemonie, wenn nur noch selten hinterfragt wird, ob die Art der aktuellen Transformation tatsächlich alternativlos ist, welchen Interessen sie dient? Und welchen Beitrag leisten Gewerkschaften zu jener „Unruhe“ (Brecht), die der Realpolitik tatsächlich eine „revolutionäre“, also gesellschaftsverändernde Dimension geben könnte? Wie steht es mit der Veränderung eigener Strukturen? Wenn seit den 1980er Jahren klar ist, dass Gewerkschaften strukturpolitische Kompetenzen brauchen – hat man sie seitdem gezielt aufgebaut?

Solidarische Politik der Arbeit

Die Bedingungen, unter denen die sozial-ökologische Transformation aktuell stattfindet, sind demnach alles Andere als günstig für eine „revolutionäre Realpolitik“ von Gewerkschaften. Gibt es dennoch Ansatzpunkte für eine andere, für eine solidarische Politik der Arbeit? Was können Gewerkschaften dafür tun, dass Transformation nicht mehr so eindeutig wie bisher als Herrschaftsprojekt „von oben“ betrieben wird – dass der Streit um eine sozial-ökologische Transformation „von unten“ als Plattform für Mobilisierung und Solidarisierung genutzt werden kann?

Hinweise darauf finden sich in einem Buch, in dem man sie nicht vermuten würde. E.P. Thompson (1924-1993) untersucht in seinem Hauptwerk *Making of the English Working Class* (1963), das den Zeitraum zwischen 1790 und 1830 behandelt, wie ganz unterschiedliche Arbeitende, die unter den verschiedensten Bedingungen tätig waren, dazu kamen, sich als Gruppe mit gemeinsamen Interessen wahrzunehmen und sich von

anderen gesellschaftlichen Gruppen (mit gegensätzlichen Interessen) abzugrenzen. Die Frage, wie eine andere sozial-ökologische Transformation aussehen könnte, verweist aus dieser Perspektive also direkt auf die Möglichkeiten von Gewerkschaften, heute auf derlei Prozesse von Klassenformierung Einfluss zu nehmen.

Thompson betont, dass Klassenformierung ein permanent ablaufender Prozess und unter kapitalistischen Bedingungen unvermeidlich ist. Sie vollzieht sich nicht nur in den heroischen Phasen einer entstehenden Arbeiter*innenbewegung, sondern auch in Perioden, in denen etwa Prozesse von Individualisierung die Klassengesellschaft „demobilisiert“ erscheinen lassen, wie Dörre schreibt.

Klasse ist, so Thompsons provokante Formulierung, kein Ding, sondern ein soziales Verhältnis. Ein soziales Verhältnis zwischen den Mitgliedern der arbeitenden Klasse, die angesichts der Unterschiede zwischen Männern und Frauen, Jungen und Alten, hoch und gering Qualifizierten usw. immer neue Antworten auf die Frage finden müssen: wer ist „wir“? Es geht aber auch um das soziale Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, das auf dem bekannten strukturellen Interessengegensatz und einem deutlichen Machtgefälle zwischen beiden Seiten beruht. In Hinblick auf Prozesse von Klassenformierung stellt sich hier die Frage: wer steht außerhalb des „wir“?

Nach Marx ist die bürgerliche Gesellschaft „kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Kapitalumwandlung begriffener Organismus“. (Marx: Vorwort zur 1. Ausgabe von „Das Kapital“, S. 17) Daher verändern sich auch Klassen und die Verhältnisse zwischen ihnen ständig.

„Revolutionäre Realpolitik“ heißt aus dieser Perspektive: die Grenzen des „Wir“ zu erweitern, also unter Arbeitenden ein Bewusstsein dafür zu fördern, mit wem man gemeinsame Interessen teilt, wem man auf Augenhöhe begegnet, wem man in Solidarität verbunden sein sollte – und zugleich die Abgrenzung zum interessenpolitischen Gegner zu klären.

Wer aber ist das interessenpolitische Gegenüber in der sozial-ökologischen Transformation? Das ist eine Frage, die auch von Gewerkschaften selten gestellt wird. In aktuellen Diskussionen heißt es üblicherweise, die ökologische Krise sei „vom Menschen gemacht“. Aber welcher Teil der Menschheit profitiert davon, dass die „kapitalistische Produktion [...] die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (Marx 1867, 530)? „Revolutionäre Realpolitik“ bedeutet also: Namen nennen (wer profitiert?)

Die ökologische Transformation ist alternativlos – auch das ist richtig. Aber wer entscheidet, wie sie konkret aussieht, ob es z.B. in der Automobilindustrie bei Individual-Pkws bleiben soll – anstelle von ÖPNV, Carsharing, Bahn? „Revolutionäre Realpolitik“ heißt also: Demokratie in der Wirtschaft stärken (wer entscheidet?)

Und auch das Bild, dass Belegschaft und Management sich den Herausforderungen der Transformation gemeinsam stellen – gegen (internationale) Konkurrenz und gegen „die Politik“ – wird gerne bemüht. Aber wenn ökologische Grenzen erreicht und/ oder die Ressourcen knapp sind: geht es nicht um Umverteilung, auch zwischen Kapital und Arbeit – hier und weltweit? „Revolutionäre Realpolitik“ heißt dann: Politik machen auf der Basis von Interessen und Interessengegensätzen.

Doch nicht nur die Frage nach dem interessenpolitischen Gegenüber ist kompliziert, denn wer ist eigentlich „wir“? Das „Wir“, um das es auch in der sozial-ökologischen Transformation gehen sollte, ist die arbeitende Klasse. Zu ihr gehört, wer die eigene Arbeitskraft verkaufen muss, um die eigene Existenz zu sichern; wer damit fremden Reichtum mehrt und auf Anweisung arbeiten muss, also wenig Einfluss darauf hat, wie in einem Unternehmen gearbeitet wird. Die arbeitende Klasse umfasst also jene Lohnabhängigen bzw. abhängig Beschäftigten, die inzwischen mehr als 90 % der Erwerbstätigen ausmachen.

Allerdings handelt es sich dabei nicht um eine einheitliche Gruppe. Kapitalismus beruht auf Differenz und Konkurrenz – nicht nur Unternehmen, auch Arbeitende treten permanent miteinander in Wettstreit – um Jobs, um das nächste attraktive Projekt, um Lebenschancen. Das Ergebnis ist ein „Krieg aller gegen alle“, wie schon Friedrich Engels über die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ schrieb. Unter diesen Bedingungen, so formuliert es Deppe (1981), ist Spaltung die Regel; Einheit hingegen die schwer herzustellende und schnell wieder in Frage stehende Ausnahme (Deppe 1981).

„Revolutionäre Realpolitik“ heißt also nicht zuletzt, das „wir“ zu erweitern und eine Solidarisierung zu fördern, wie sie Detje und Sauer (2023) beschrieben haben. Das bedeutet: Einfluss auf die Entscheidung von Arbeitenden zu nehmen, wer als Kollege oder Kollegin gelten soll (mit wem kooperiert man, mit wem teilt man Interessen, wem begegnet man solidarisch?), und wo die Grenzen verlaufen (wer begegnet uns nicht nur als Gegenüber, sondern als Gegner, mit gegensätzlichen Interessen?). „Exklusive Solidarität“ ist dabei keine problematische Ausnahme, wie Dörre meint. Vielmehr ist Solidarität immer „exklusiv“, weil man sich stets mit einer Gruppe gegen eine andere Gruppe solidarisiert. Aber wo die Grenzziehung verläuft, ist keineswegs selbstverständlich. Gilt die migrantische Kollegin oder der Bürgergeldbezieher als Teil des „wir“ der arbeitenden Klasse, mit dem solidarisch ist – oder das Management des Unternehmens, mit dem zusammen man den Standort gegen die Stürme der Transformation verteidigt? Die Antwort auf diese Frage ist das Ergebnis von (erfolgreichen oder erfolglosen) Kämpfen um die Erweiterung eines solidarischen „wir“.

Ansatzpunkte für eine widerständige Solidarisierung im Arbeitsprozess

Aus dieser Perspektive erscheint die soziale und letztlich auch die ökologische Transformation letztlich als *Klassenfrage*. Grund genug, auch unter den derzeit widrigen Bedingungen nach Ansatzpunkten für eine solidarische Politik der Arbeit Ausschau zu halten. Sie finden sich zunächst einmal im Arbeitsprozess.

Arbeitsteilige Kooperation ist ein widersprüchliches Phänomen. Beschäftigte *müssen* unter fremdgesetzten Bedingungen zusammenarbeiten: um ihre Existenz zu sichern, unter Zeitdruck, unter Bedingungen knapper Ressourcen. Aber Zusammenarbeit wird von den Arbeitenden auch *gewollt*, weil man den Austausch schätzt, kollegial sein und behandelt werden will. Solidarisierung ist paradoxerweise gerade deshalb denkbar, weil Beschäftigte einander „gleichgültig“ sind, wie Becker-Schmidt (u.a. 1982) es nennt: Bei der Erweiterung des „wir“ geht es nicht um persönliche Freundschaften, die Kollegin kann dem Kollegen als Person völlig gleichgültig sein. Aber man ist eben auch „gleichgültig“, getrennt und zugleich verbunden durch die jeweilige Rolle in einem arbeitsteiligen Arbeitsprozess. Kurz: Kooperation ist eine widersprüchliche Angelegenheit, denn sie kann Arbeitende zusammenschweißen, aber auch die Konkurrenz zwischen ihnen fördern.

Auch das professionelle Ethos bzw. der Produzent*innenstolz kann als Ansatzpunkt für widerständige Solidarisierung dienen, und wieder haben wir es mit einem Phänomen zu tun, das Beschäftigte einen oder sie gegeneinander aufbringen kann. Arbeitende sind stolz auf ihre Expertise, wollen die eigene Arbeit nach professionellen Standards gut machen. Dies kann sowohl Selbstaussbeutung und den Druck auf Kolleg*innen fördern, die nicht schnell oder gut genug arbeiten, als auch dazu führen, dass Beschäftigte zum Beispiel die Qualität des Produkts oder der Dienstleistung gemeinsam gegen ein Management verteidigen, das vor allem auf Kostensenkung setzt.

Eine „revolutionäre Realpolitik“ zur Förderung einer „Transformation von unten“ müsste sich also daran messen lassen, ob sie darauf abzielt, die Expertise von Arbeitenden zu mobilisieren: Welche Produkte und Dienstleistungen werden gebraucht, wie ist der Arbeitsprozess zu organisieren, wenn man nicht Profitlogiken, sondern Kriterien gesellschaftlicher Nützlichkeit zugrunde legt?

Beschäftigung als Ansatzpunkt für eine widerständige Solidarisierung

Auch die Politik der Prekarisierung, die seit den 1980er Jahren betrieben wird, wirkt trennend und verbindend zugleich. Stammebelegschaften werden auf Kosten der prekären Ränder abgesichert – Leiharbeiter*innen, befristet Beschäftigte oder Werkvertragnehmer*innen werden in jeder Krise als erste abgemeldet, damit die regulär Beschäftigten an Bord bleiben können. Zugleich beinhaltet Prekarisierung jedoch eine „Destabilisierung des Stablen“ (Dörre 2005), denn auch Stammebelegschaften geraten z.B. unter Druck, wenn die prekarierten Beschäftigten höhere Leistung für weniger Geld bringen, weil sie auf Übernahme hoffen. Prekarisierung gerät damit, wie Bourdieu (1998) betont, zur Herrschaftsform. Oder anders gesagt: "Prekarität ist überall".

Betrachtet man nun die aktuelle Transformation der Automobilindustrie, so lassen sich in Bezug auf Ansatzpunkte für eine solidarische Politik der Arbeit einige interessante Verschiebungen beobachten: Klar ist zunächst, dass die Verbrenner verschwinden, E-Autos an ihre Stelle treten sollen – und dass letztere in der Fertigung 1/3 weniger Arbeitsaufwand verursachen. Entsprechend müssen Arbeitsplätze abgebaut werden, in Stamm- wie in Randbelegschaften, bei den großen Automobilherstellern (OEMs) wie bei ihren Zulieferern. Unklar ist aber, ob und wann genau die Umstellung auf E-Mobilität tatsächlich geschieht. Hajo Holst berichtet aus seiner Forschung, dass derzeit in vielen Werken Leiharbeiter*innen eingestellt werden. Sie sollen die Verbrennerproduktion erst einmal aufrechterhalten (z.B. Getriebe fertigen), während Beschäftigte der Stammebelegschaft auf die Produktion von Teilen umgeschult werden, die man auf jeden Fall auch in Zukunft brauchen wird (z.B. Türen). Früher wäre man davon ausgegangen, dass eine Grenze des „wir“ zwischen gering und hochqualifizierten Arbeiter*innen verläuft. Weil erstere zum Beispiel im Zuge von technologischer Rationalisierung unverzichtbar werden, können Gewerkschaften gerade auf Basis ihrer Produktionsmacht Druck entfalten. Geringer qualifizierte Beschäftigte hingegen, die oft eher am Rand der Belegschaft stehen, geraten durch dieselbe Rationalisierungsdynamik unter mehr Druck oder verlieren sogar ihre Jobs. Verschwimmt diese Grenze aktuell, wird sie anders gezogen?

Fragt man, wo eine „revolutionäre Realpolitik“ zugunsten einer „Transformation von unten“ ansetzen kann, so würde es naheliegen, etwa die verallgemeinerte Unsicherheit zum Ausgangspunkt zu nehmen, die längst über die organisatorische Fragmentierung zwischen Rand- und Stammebelegschaft hinwegwirkt. Auch könnten Gewerkschaften die Erfahrung mit den Zwängen der Lohnarbeitsexistenz, die alle abhängig Beschäftigten

verbindet, als Grundlage nutzen, um eine Abkehr von der Politik der Prekarisierung zu erstreiten. Und wenn Beschäftigung in der aktuellen Transformation unsicherer wird, könnte eine verbindende Zielsetzung darin bestehen, die Verknüpfung von Lohnarbeit und sozialer Sicherung zu verteidigen und weiter auszubauen. Keine Realpolitik ist schließlich auch keine Lösung. Konkrete Projekte, die in diesem Sinne verbindend wirken könnten, weil sie ganz unterschiedlichen Gruppen von Arbeitenden zugute kommen, wären etwa die Einführung einer Bürger*innenversicherung, die auch Minijober*innen, Alleinselbstständigkeit und Beamt*innen einschließt; die Erhöhung des Mindestlohns, um „Armut trotz Arbeit“, auch im Alter, zu verhindern (wer zahlt für die Reproduktion der Arbeitskraft – die Unternehmen, die hiervon profitieren, oder die Allgemeinheit?); oder eine „kurze Vollzeit für alle“ statt exzessiver Mehrarbeit bei struktureller Unterbeschäftigung. Kurz: Wenn die sozial-ökologische Transformation tatsächlich mit einer sozialen Transformation einhergehen soll, reicht es nicht, über Beschäftigungssicherung zu sprechen. Vielmehr muss der Kampf für ein neues „Normalarbeitsverhältnis“ ganz oben auf der gewerkschaftlichen Agenda stehen.

Performanz als Treiber für eine widerständige Solidarisierung

Solidarisierung entsteht vor allem dann, wenn man solidarisch handelt (Detje/Sauer 2023). Deshalb geht E.P. Thompson davon aus, dass die arbeitende Klasse immer schon da ist, wenn sie entsteht. Speziell in Arbeitskämpfen werden gemeinsame Interessen erkennbar – über den direkten Arbeitsbereich, das Unternehmen, die Branche hinaus.

„Revolutionäre Realpolitik“ könnte aus dieser Perspektive heißen, Verhandlungen etwa über sozial-ökologische Transformation nicht an grünen Tischen und hinter verschlossenen Türen zu führen, sondern Transformationsziele „von unten“ zu formulieren und sie gemeinsam mit Beschäftigten durchzusetzen. Es ginge auch darum, den Einfluss der Beschäftigten auf die Unternehmensstrategie zu stärken – und zwar obwohl Beschäftigte in arbeitssoziologischen Interviews immer wieder sagen, sie wollen gar keine Verantwortung über den Nahbereich hinaus; das Management sei dafür verantwortlich, das Unternehmen zu führen, und das solle es auch tun. Das ist eine weise Entscheidung, solange man davon ausgeht, dass eben irgendjemand objektive Sachzwänge handhabbar machen muss. Solange angeblich nichts zu entscheiden ist, sind Beschäftigte gut beraten, sich hier zurückzuhalten. Wenn es aber stimmt, dass es bei der aktuellen Transformation um Grundsatzentscheidungen geht, dann kann man Entscheidungen auch anders treffen, und daran müssen Beschäftigte beteiligt sein.

Unter dem Stichwort „Performanz“ müsste man außerdem über gemeinsame Kämpfe sprechen, die auch über Gewerkschaftsgrenzen hinweggehen. Aktuelle Beispiele wären etwa die Kooperation zwischen Klima- und Gewerkschaftsbewegung bei der Kampagne „Wir fahren zusammen“ oder die gleichzeitigen Streiks bei ÖPNV, Schiene und Flughäfen im März 2024. Ähnliches könnte künftig im Kampf um öffentliche Güter versucht werden, etwa in Bezug auf den Öffentlichen Dienst, auf das Gesundheitswesen oder den Sozial- und Erziehungsdienst. Schließlich steht die Frage im Raum, ob Transformationsräte nicht eine gute Plattform wären, um Arbeitende zu mobilisieren und nicht nur deren Expertise, sondern auch deren Produktionsmacht gezielt zu nutzen, um den gewerkschaftlichen Einfluss auf die dort getroffenen Entscheidungen zu erhöhen.

Utopie als Ansatzpunkt für eine widerständige Solidarisierung

Ein wichtiges Moment widerständiger Solidarisierung in jenen Prozessen von Klassenformierung, die E.P. Thompson untersucht, war die „Legende von den besseren Tagen“. Arbeitende bezogen sich auf die Vergangenheit, taten das aber selektiv. In ihren Erinnerungen an „früher“ spielten vor allem Aspekte eine Rolle, die für die Wahrnehmung ihrer Interessen besonders wichtig waren und die nicht zuletzt dadurch legitimiert wurden, dass sehr viele Menschen sagten: das war schon immer so, es war richtig, das ist unser Gewohnheitsrecht. Auch heute müsste „revolutionäre Realpolitik“ also von Alltagserfahrungen ausgehen und an Gerechtigkeitsvorstellungen anknüpfen, etwa in Hinblick auf die Frage, wie „gute“, sozial und ökologisch gerechte Arbeit aussehen müsste.

Um utopisches Potential sichtbar zu machen, ist es notwendig, über die Logik des Systems hinausgehen. Was das heißen könnte, wird etwa am Konzept der „kurzen Vollzeit für alle“ deutlich. Diese Forderung beruht darauf, dass viele Vollzeitbeschäftigte (in der Regel Männer), die regelmäßig Mehrarbeit leisten, in Umfragen angeben, dass sie eigentlich lieber kürzer arbeiten würden. Viele Frauen hingegen, die oft in Teilzeit- oder Minijobs tätig sind, geben an, dass sie eigentlich gern länger arbeiten würden. Nach einer „idealen Wochenarbeitszeit“ gefragt, nennen beide Gruppen Werte zwischen 25 und 30 Stunden. Die Durchsetzung einer solchen Forderung wäre Realpolitik, aber sie würde in verschiedener Hinsicht über den Status Quo hinausweisen. Zunächst einmal verbindet sie sehr unterschiedliche Beschäftigtengruppen, nämlich zum Beispiel überarbeitete IT-Spezialist*innen mit Kassiererinnen mit Minijob an einer Supermarktkasse, erweitert also das „wir“. Zudem bricht „kurze Vollzeit“ mit dem kapitalistischen Prinzip des „Größer, Schneller, Weiter“, stellt also den Wachstumsimperativ in Frage. Wenn die Arbeitszeitverkürzung bei Vollzeitbeschäftigten mit vollem Lohnausgleich verbunden wäre, würde das zur Umverteilung von Profiten und gesellschaftlichem Reichtum führen. Und Personalausgleich wäre gleichbedeutend mit einem Eingriff in die betriebliche Leistungs politik, wodurch Unternehmen wenigstens in diesem Punkt demokratisiert würden.

„Infrastruktursozialismus“ wäre ein weiteres Beispiel für eine solidarische Politik der Arbeit, die utopische Potentiale nutzbar machen und sie zugleich entfesseln kann. Weder Gesundheit noch Ladestationen für E-Autos dürfen von Kapitalinteressen abhängen. Solche Grundbedürfnisse müssen staatlich gedeckt, die Infrastrukturen müssen demokratisch kontrolliert werden. Deshalb hat die Forderung der Berliner Krankenhausbewegung („mehr von uns ist besser für alle“), die im Wesentlichen besagt, dass bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege Voraussetzung für eine angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen sind, durchaus utopische Sprengkraft. Immerhin verweist diese Art von Realpolitik auf eine ganze Reihe von Grundsatzfragen: auf die Rolle des Staates bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern; auf die Diskussion darüber, ob Gesundheit eine Ware ist (bzw. sein sollte), aber auch auf die gesellschaftlichen Kosten von Austeritätspolitik und Schuldenbremse.

Fazit: Was tun?

Solange Transformation als anonyme Bedrohung wirkt, dominieren auch unter Beschäftigten Angst, Frustration, der Rückzug ins Private oder die Loyalität mit dem Unternehmen. Transformation bleibt so ein Herrschaftsprojekt, dem Gewerkschaften wenig entgegenzusetzen haben.

„Transformation von unten“ als Projekt der Solidarisierung und Demokratisierung hingegen heißt „vom Betrieb aus denken“, also dort ansetzen, wo die Zwänge der Lohnarbeitsexistenz alltäglich erfahrbar sind. Es geht darum, das „wir“ zu erweitern – im Betrieb und darüber hinaus – durch eine breite Diskussion über Ziele und Schritte, aber auch durch die praktische Erfahrung von Arbeitenden, dass sie gemeinsame Interessen haben, dass Solidarität möglich ist und etwas verändern kann, und durch den Ausbau der Beteiligung von Beschäftigten, in Unternehmen, Gewerkschaft und Politik.

Realpolitik kann durchaus „revolutionäres“ Potential haben, doch um es zu wecken, braucht es einen „Kampf um die Köpfe“. Darin steckt immer beides – der Grundstoff für Spaltung wie für Solidarisierung. Die entscheidende Frage lautet: Was davon wird aktiviert?

Ob Realpolitik „revolutionär“ wirken kann, entscheidet sich daran, ob das, was Arbeitende miteinander verbindet, stärker gewichtet wird als das, was sie trennt. Wird im Unternehmen, in der Politik Konkurrenz geschürt oder Solidarität erfahrbar gemacht? Es hängt davon ab, ob man die Schere im Kopf überwindet und Ziele formuliert, die über den Status quo hinausweisen – indem man etwa die Frage aufwirft, in welche Gesellschaft die Transformation eigentlich münden soll. Und es hängt davon ab, wer entscheidet. Interessen müssen durchgesetzt werden, auch gegen Widerstände.

Ohne utopische Energie fällt die Infragestellung des Status quo schwer. Margret Thatcher hat mit ihrer Aussage „there is no alternative“ den Boden dafür bereitet, dass auch die aktuelle Transformation als Sachzwang deklariert wird, an dem Menschen nicht besonders viel ändern können. Die Folge ist eine Phase, die Thompson vielleicht als „unmaking of the working class“ beschreiben würde: Die arbeitende Klasse wächst immer weiter, ist aber politisch in der Defensive. Ihr fehlt das Bewusstsein für die eigene Größe und Bedeutung. Fragmentierung und Konkurrenzdenken werden prägend, gemeinsame Interessen und auch Gegner werden immer schwerer wahrnehmbar. Es ist höchste Zeit, über diese Phase der scheinbaren Alternativlosigkeit hinauszukommen.

Kurz gesagt: Eine „revolutionäre Realpolitik“ von Gewerkschaften muss den Kampf um die Köpfe aufnehmen. Sie braucht politisches Profil – weil auch die sozial-ökologische Transformation eben kein Sachzwang ist, sondern ein politisches Projekt.